

Potsdams] *andere* [Seiten

Die Linke ◀ Monatszeitung für die Landeshauptstadt

Dezember 2017/Januar 2018

Nr. 12 · 13. Jahrgang

Potsdam braucht mehr Miteinander

DIE LINKE.Potsdam mit ihrem Personalvorschlag für die Oberbürgermeisterwahl 2018

Große Dinge wollen gut vorbereitet sein. Im kommenden Jahr 2018 stehen die Oberbürgermeisterwahlen auf der Agenda in Potsdam. Logisch also, dass sich die Parteien ernsthafte Gedanken machen, um für dieses hohe Amt geeignete Personen zu finden. So auch DIE LINKE in unserer Stadt.

„Unser Ausgangspunkt war: Als LINKE stehen wir für ein Potsdam mit allen für alle - eine Stadt, die gleiche Teilhabechancen für alle EinwohnerInnen eröffnet, für eine politische Kultur, die Beteiligung groß schreibt und Bürgerwillen ernst nimmt. Dazu braucht es neue Wege in der Führung der Stadt“, so der Standpunkt des Kreisvorstandes der Partei.

DIE LINKE betrachtet die Oberbürgermeisterwahl 2018 als Chance, diese neuen Wege zu gehen und Fehlentwicklungen der vergangenen Jahre zu korrigieren. Deshalb hat sie sich sehr bewusst entschieden, mit ihrem Personalvorschlag für dieses Amt ein überparteiliches Angebot zu unterbreiten. „Wir haben in den vergangenen Monaten Gespräche auch über Parteigrenzen hinweg geführt, um die Chancen für ein gemeinsames Vorgehen mit weiteren Partnern auszuloten - leider ohne Erfolg“, so berichtete auf einer Pressekonferenz am 6. November 2017 der Kreisvorstand zusammen mit dem Fraktionsvorstand der LINKEN in der SVV. Ihr gemeinsamer Vorschlag: die parteilose Gleichstellungsbeauftragte Martina Trauth, die betonte, dass sie „froh darüber sei, dass DIE LINKE sie angesprochen habe.“

„Wir wollen gemeinsam ein Projekt



Gemeinsam setzt diese „Troika“ auf SIEG: Martina Trauth, Stefan Wollenberg (l.), Kreisvorsitzender DIE LINKE, und Hans-Jürgen Scharfenberg, MdL und Fraktionsvorsitzender DIE LINKE in der SVV

initiiieren, das über Parteiinteressen weit hinausgeht. Dazu laden wir schon jetzt alle Akteurinnen und Akteure aus der Stadtgesellschaft herzlich ein!“, so übereinstimmend der Kreisvorstand und die vorgeschlagene Martina Trauth, die sich den Fragen der Journalisten auf der Pressekonferenz stellten.

Der Kreisvorstand weiter: „In den kommenden Wochen werden wir zunächst in unseren Ortsverbänden in

Vorstellungsrunden für diesen Vorschlag werben. Nach einer Nominierung durch den Kreisverband auf einer Gesamtmitgliederversammlung am 13.01.2018 werden wir in einen intensiven Dialog mit der Stadtgesellschaft eintreten. Gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern Potsdams wollen wir die Ziele für Potsdams weitere Entwicklung diskutieren und bestimmen.“

(MEHR auf Seiten 2 und 3)

„Potsdam wird sich nur in einem Klima von Chancengleichheit und Vielfalt zukunfts-fähig entwickeln können. Ich möchte, dass alle Menschen ihre Potenziale und Fähigkeiten in die Stadt einbringen können. Ich möchte die Lebenslagen der Menschen verbessern, das gilt insbesondere für Kinder- und Familienarmut, Menschen in Langzeitarbeitslosigkeit und für die Pflege und Versorgung älterer Menschen und Hochbetagter. Wir benötigen ein koordiniertes Zusammenspiel von Jugend, Bildung, Gesundheit und Stadtentwicklung und den Aufbau kommunaler Präventionsketten. Ich werde eine Neuorientierung und Neustrukturierung der Hilfesysteme im Ganzen auf meine Agenda stellen.“

**Martina Trauth-Koschnick,
Leiterin des Büros für Chancengleichheit und Vielfalt,
Gleichstellungsbeauftragte**

Wir wünschen allen PotsdamerInnen und ihren Gästen viel Freude und Besinnlichkeit zu den Festtagen sowie einen „guten Rutsch“ ins neue Jahr 2018!

Der Kreisvorstand
und die Stadtfraktion
der Partei DIE LINKE.Potsdam/
Die Redaktion

In dieser Ausgabe

- 2** LINKS informiert
Aktiv für den Wechsel/Geld für Heimatmuseum
- 3** LINKS informiert
Unser Potsdam – mit allen für alle
- 4** LINKS informiert
Kalenderblätter für den Monat Dezember
- 5** LINKS informiert
Kalenderblätter für den Monat Januar
- 6** LINKS in unserer Stadt
Ein falsches Zeichen für Potsdam/Stinkbomben nicht akzeptabel
- 7** LINKS in unserer Stadt
Potsdamer Integrationspreis 2017
- 8** LINKS informiert
Kann ein Einwanderungs-gesetz links sein?/Elternbeitragsatzung rechtswidrig
- 9** LINKS im Land
Brandenburgs Zukunft: Sozial, regional, digital
- 10** LINKS im Bund
Norbert Müller und seine Ziele/Recht auf Bildung
- 11** LINKS in der EU
Menschenrechte/Antidumping/Austritt aus der UNESCO
- 12** Potsdamer ALLERLEI
Der Fußball und die WM in Russland/Rätsel

Informationen der Redaktion

Die erste Ausgabe im neuen Jahr erscheint am Dienstag, 6. Februar 2018. Redaktionsschluss ist am 22. Januar.

Die Redaktion

Aktiv für den Wechsel

Linke bereitet sich auf OB-Wahl in Potsdam vor

Zu einer Aktivenkonferenz lud DIE LINKE. Potsdam am 9.12. 2017 in die Leonardo-Da-Vinci-Gesamtschule im Potsdamer Norden ein. Im Zentrum der Debatte standen die Arbeitsschwerpunkte für 2018 und der im kommenden Jahr anstehende Oberbürgermeisterwahlkampf. Gut vierzig Genossinnen und Genossen diskutierten intensiv mit zu den Themen, während draußen die ersten Schneeflocken dieses Winters vom Himmel fielen.

Den Impuls für die Diskussion zu den inhaltlichen Schwerpunkten des Wahljahres setzte die designierte OB-Kandidatin der LINKEN, Martina Trauth. Sie gab einen Ausblick, wie sie sich zukünftig Politik in Potsdam vorstellt. Ernst gemeinte Bürgerbeteiligung - also eine Beteiligung, die Bürger_innen auch echte Entscheidungskompetenzen einräumt, ist für sie ein wichtiger Schwerpunkt. Sie plädierte dafür, die noch vorhandenen öffentlichen Flächen nicht weiter zu verkaufen, sondern in städtischem Eigentum zu halten, um damit gemeinwohlorientierte Nutzungen zu ermöglichen.

Im Rahmen eines World-Cafés wurde die Diskussion zu den Leitlinien anschließend an vier Thementischen zu den Schwerpunkten, „Wem gehört die Stadt“, „Soziales Potsdam“, „Buntes Potsdam“ und „Wege durch die Stadt“ vertieft. Insbesondere die Ergebnisse des World Cafés „Buntes Potsdam“ und „Wege durch die Stadt“ sorgten im Nachhinein noch einmal für Diskussionsbedarf; so wurde gewünscht, die Forderungen nach dem kostenlosen öffentlichen Nahverkehr mit in das Leitbild aufzunehmen. Kreisvorsitzender Stefan Wollenberg warb für ein neues Herangehen an Wahlkampf und Wahlprogramm. Wenn man die Intention und die Chancen einer überparteilichen Kandidatur ernst nehmen, müsse man auch im Zuge der Erarbeitung des Programms offen sein für die Diskussion mit und die Ideen



von Akteuren über DIE LINKE. hinaus. In einem zweiten Teil gab es anschließend die Möglichkeit an der Auswertung zur Bundestagswahl teilzunehmen oder sich weiter mit dem Kommunikationskonzept auseinander zu setzen. In beiden Workshops ging es primär darum, Schlussfolgerungen für die weitere Arbeitsorganisation des Kreisverbandes zu ziehen. Das Feedback der Teilnehmenden zum Abschluss der Veranstaltung zeigte, dass die gewählte Form sich auch zukünftig als Möglichkeit der Beteiligung durchsetzen kann. Der Kreisvorstand wird die Ergebnisse nun aufarbeiten und den Mitgliedern „unter den Weihnachtsbaum legen“. Auf der Gesamtmitgliederversammlung am 13.1. 2019 werden sowohl ein Leitantrag zur Oberbürgermeisterwahl als auch das Kommunikationskonzept zur Abstimmung gestellt.

Kati Biesecke,
Kreisvorsitzende DIE LINKE

Linke sammelt mit Weihnachtsmann Geld für Heimatmuseum

Erste Meldungen über das drohende Aus für das Babelsberger Heimatmuseum „Nowaweser Weberstube“ haben die LINKE auf den Plan gerufen. Beim traditionellen Weihnachtsinfostand sammelten die Genossen aus Babelsberg Geld für die Einrichtung. Zugleich verwiesen sie auf die Verantwortung der Stadt für die Kultureinrichtung.

Das Stadtteilmuseum in der Babelsberger Karl-Liebknecht-Straße besteht seit fast zwanzig Jahren. Erstmals ereilten den Verein nun Betriebskostenforderungen des Vermieters. Bis 2016 konnte der Förderkreis Böhmisches Dorf Nowawes und Neuendorf das Weberhaus unentgeltlich nutzen. Über eine Kooperationsvereinbarung ge-



währte die Stadt dem Verein einen einmaligen Zuschuss in Höhe von 3500 Euro. Eine Wiederholung dieses Modells sei aber ausgeschlossen. Für 2018 wer-

hat bei ihrem Weihnachtsinfostand ebenfalls Geld gesammelt. Unterstützt wurde sie dabei vom Weihnachtsmann höchstpersönlich.

IMPRESSUM

„Potsdams andere Seiten“
Die Linke ◀ Monatszeitung für die Landeshauptstadt.
HERAUSGEBER: Kreisvorstand DIE LINKE. Potsdam; **Kati Biesecke, Stefan Wollenberg**, Vorsitzende. Zeppelinstraße 7, 14471 Potsdam.
REDAKTION: medienpunkt potsdam; Hessestraße 5, 14469 Potsdam **Bernd Martin** (V.i.S.d.P.); **H. Jo. Eggstein**, Layout; **Renate Frenz**, Redaktionssekretariat; Tel.: 0331/ 20 01 89-70; Fax: -71; email: pas.redaktion@gmx.net;
ANZEIGEN: Sekretariat.
BANKVERBINDUNG: Mittelbrandenburgische Sparkasse, Kto-Nr. 3508020699; BLZ: 160 500 00
„PaS“ erscheint monatlich für 12.000 LeserInnen. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion. Veröffentlichungen, die nicht ausdrücklich als Stellungnahme des Kreisvorstandes und/oder der Redaktion gekennzeichnet sind, stellen die persönliche Meinung des/der AutorIn dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte bzw. Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Für die Veröffentlichung von Leserpost behält sich die Redaktion das Recht sinnwahrender Kürzungen vor.
DRUCK: Nordost-Druck GmbH Neubrandenburg.

Unser Potsdam – mit allen für alle

DIE LINKE will ein Potsdam mit allen für alle – das heißt, eine Stadtentwicklung die den Norden und den Süden, die ländlichen Regionen und die Innenstadt mitdenkt und allen Stadtteilen gleiche Entwicklungschancen einräumt; Wir wollen eine Stadt, in der Politik mit den Menschen für die Menschen gemacht wird, in der Bürgeranliegen ernstgenommen und umgesetzt werden. Wir wollen eine Stadt, in der soziale Gerechtigkeit herrscht, in der es für alle die gleichen Bildungschancen gibt.

Es geht uns um demokratische Teilhabe aller PotsdamerInnen, der Alteingesessenen und neu Zugereisten, der jüngeren Generationen und der Rentner und Pensionäre, der Frauen und Männer, in der Politik, in der Wirtschaft; in der Kultur und in der Bildung. Teilhabe ist der Schlüssel für eine zukunftsfähige Gesellschaft.

Es geht uns um mehr Gerechtigkeit in der Gesellschaft wie auch in dieser Stadt. Dazu gehören bezahlbare Wohnungen für alle Einkommensgruppen, der gleiche Zugang zu Kultur und Bildung und gleiche Teilhabechancen vor allem für Kinder. Es geht um Gerechtigkeit als Klammer menschlichen Zusammenlebens.

Ohne soziale Gerechtigkeit gibt es keine wirkliche Demokratie

Es geht um Toleranz und Respekt, damit in unserer weltoffenen Stadt Unterschiede nicht zur Diskriminierung führen, sondern kulturell bereichern. Respekt gegenüber unterschiedlichen Biographien; seien sie östlich oder westlich, nördlich oder südlich. Toleranz gegenüber unterschiedlichen Lebensentwürfen. Ob Hausbesitzer oder Hausbesitzerin; ob Freiland oder Schlosstheater, ob Single oder Großfamilie, Homo oder Hetero – ob gläubig oder Atheist.

„Ich freue mich, dass wir mit Frau Trauth eine gute Kandidatin gefunden haben. Ich unterstütze ihre Kandidatur. Ihre langjährigen Erfahrungen, Kenntnisse und ihre Leistungen weisen auf eine enge Verbundenheit mit der Stadt hin. Mit ihrem fachlichen Hintergrund und ihrer bisherigen Entwicklung steht die Kandidatin für einen sozialen Ausgleich und eine lebendige Bürgerbeteiligung in Potsdam. Das Wahlprogramm soll gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern erarbeitet werden.“

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg (Mdl, Fraktionsvorsitzender DIE LINKE im Stadtparlament)

Es geht um ein modernes und dynamisches Potsdam. Mit weiteren Wirtschaftsansiedlungen mit guter Arbeit und gerechten Löhnen. Es geht um eine Stadt,

die die Chancen der Digitalisierung für bürgernahe Dienstleistungen, Transparenz und Mitbestimmung nutzt. Es geht auch um ein Potsdam als eine attraktive und lebenswerte Hochschulstadt. Potsdam hat in den vergangenen Jahren eine positive Entwicklung genommen. Die Wirtschaft boomt, die Arbeitslosenquote ist gering, trotz vieler Neubauten gibt es kaum Wohnungsleerstand. Die Stadt gilt als familienfreundlich. Steigende Geburtenzahlen und Zuzug zeigen – Potsdam ist attraktiv für Viele.

Dennoch profitieren nicht alle BürgerInnen Potsdams gleichermaßen von dieser positiven Entwicklung und nicht alle BürgerInnen können in gleicher Weise Einfluss darauf nehmen. Die hohe Attraktivität der Stadt fördert Verdrängungsprozesse und verändert das soziale Gefüge der Stadt nachhaltig.

Bürgerbeteiligung ist seit Jahren erklärtes und zentrales Ziel der Stadtpolitik. Die Art ihrer Umsetzung führt allerdings dazu, dass viele engagierte BürgerInnen sich nicht ausreichend ernstgenommen fühlen – auch deshalb, weil Entscheidungen am Ende eben häufig nicht in Bürgerhand liegen. Zugespitzte Auseinandersetzungen, insbesondere um die weitere Gestaltung der Potsdamer Mitte haben tiefe Gräben in die Stadtgesellschaft gerissen. Diese Polarisierung spiegelt auch im Parteieingefüge der Stadt und wirkt auch auf andere Bereiche.

Vor diesem Hintergrund steht mit der Oberbürgermeisterwahl im kommenden Jahr der Wechsel an der Spitze des Potsdamer Rathauses an. Wir betrachten das als eine Chance, in der Führung unserer Stadt neue Wege zu gehen und Fehlentwicklungen der Vergangenheit zu korrigieren.

Eine echte BÜRGERmeisterin

Als LINKE kämpfen wir für ein Potsdam, das sozialen Ausgleich aktiv betreibt, die Verdrängung von Menschen aus ihren angestammten Kiezen nicht



zulässt, das gleiche Teilhabechancen für alle am sozialen und kulturellen Leben in der Stadt eröffnet. Wir stehen für ein Potsdam, das Bürgerbeteiligung ernst meint und die PotsdamerInnen bei wichtigen Entwicklungen nicht nur in vorgegebenen Korridoren mitreden, sondern am Ende auch mitentscheiden lässt.

Deshalb brauchen wir an der Spitze der Stadt eine Persönlichkeit, die sich selbst als erste BürgerIn der Stadt, als direkten Ansprechpartner und Interessenvertreter aller PotsdamerInnen versteht – eine/n echte/n BÜRGERmeister/in.

Wir sehen drei zentrale Aufgaben für den oder die künftige/n Oberbürgermeister/in:

- Sorge dafür zu tragen, dass der soziale Frieden in der Stadt hergestellt und dauerhaft gewahrt wird und sicherzustellen, dass von der positiven Entwicklung der Stadt alle EinwohnerInnen gleichermaßen profitieren können
 - die kommunale Bürgerbeteiligung in einer Weise weiterzuentwickeln, die den EinwohnerInnen der Stadt reale Entscheidungskompetenzen gibt, die Beteiligung in der Breite fördert und politische Prozesse transparent gestaltet
 - für einen besseren Interessensausgleich in der Stadt zu sorgen und den Zusammenhalt der Stadtgesellschaft durch die Schaffung von Angeboten und Freiräumen für alle BürgerInnen aktiv zu stärken
- Daneben sind für uns weitere Kriterien von wesentlicher Bedeutung:
- eine enge Verbundenheit mit Potsdam und gute Kenntnis von Themen- und Problemlagen
 - eine breite und intensive Vernetzung mit Potsdamer Akteuren auf den unterschiedlichsten Ebenen
 - Erfahrungen in der kommunalen Verwaltung und in Führungsverantwortung
 - eine offene und zugewandte Persönlichkeit, die auf BürgerInnen zugeht und ihre Anliegen ernst nimmt
- Wir sind der Ansicht, dass der Potsdamer Stadtpolitik mehr Weiblichkeit gut zu Gesicht stehen würde. Nach den

letzten Beigeordnetenwahlen ist in der Führungsspitze nur noch eine Frau vertreten. Die Oberbürgermeisterwahl ist eine gute Gelegenheit, hier einen Ausgleich zu schaffen.

Wir freuen uns sehr, dass es uns gelungen ist, eine solche Persönlichkeit zu finden und für eine Kandidatur als Oberbürgermeisterin zu gewinnen! Wir freuen uns über die Bereitschaft der Potsdamer Gleichstellungsbeauftragten, Martina Trauth, als Kandidatin der LINKEN für dieses Amt anzutreten.

Wie geht es weiter?

In den nächsten Wochen wird sich Frau Trauth in unseren Ortsverbänden vorstellen. Wir werden für eine breite Zustimmung zu unserem Vorschlag werben. Am 13. Januar wollen wir in einer Gesamtmitgliederversammlung des Kreisverbandes unsere Kandidatin offiziell nominieren.

Mit dem Ziel, die nächste OberBÜRGERmeisterin der Stadt Potsdam zu stellen, soll der intensive Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern Potsdams zum zentrale Motiv unseres Wahlkampfes werden. Wir werden zu Bürgerforen in den Stadt- und Ortsteilen einladen, in denen wir die Anliegen der vielen zivilgesellschaftlichen Akteure und der EinwohnerInnen aufnehmen und gemeinsam mit Ihnen die Schwerpunkte der künftigen Arbeit einer/s OberBÜRGERmeister/in diskutieren wollen.

Wir wollen gemeinsam mit den PotsdamerInnen ein Wahlprogramm schreiben.

Wir wollen alle mitnehmen und auch Enttäuschte zurückgewinnen für eine breite Debatte über die richtigen Entscheidungen für unsere Stadt. Wir wollen ein Signal an die vielen engagierten Initiativen, Vereine und PotsdamerInnen in unserer Stadt setzen – ihnen neue Mitwirkungsmöglichkeiten eröffnen. Ideen sollen sich einem demokratischen Wettbewerb stellen, am Ende aber auch tatsächlich in der Stadtgesellschaft entschieden werden können.

„An der Spitze der Stadt brauchen wir eine Persönlichkeit, die sich selbst als erste Bürgerin der Stadt, als direkte Ansprechpartnerin und Interessenvertreterin aller PotsdamerInnen versteht - eine echte BÜRGERmeisterin. Wir freuen uns, dass wir mit Martina Trauth eine solche Persönlichkeit gewinnen konnten, die bereit ist, mit unserer Unterstützung für dieses Amt zu kandidieren.“

Kati Biesecke, Stefan Wollenberg, Kreisvorsitzende DIE LINKE.Potsdam

KALENDERBLÄTTER DEZEMBER**1717****„Lange Kerls“ werden nachgeliefert**

Zar Peter I. kommt am 16. Dezember während seines Staatsbesuches nach Potsdam und besichtigt die „Langen Kerrels“. Im Jahr zuvor hatte König Friedrich Wilhelm I. ihm das Bernsteinzimmer geschenkt, und nun erhielt er noch das Prunkschiff seines Vaters samt Matrosen und gab dafür die Zusage einer jährlichen Lieferung von Soldaten besonderer Größe.

1767**Erste Synagoge eingeweiht**

Von der Einweihung der ersten Synagoge in Potsdam am 18. Dezember berichtet die „Berlinerische privilegierte Zeitung“ am 24. 12. 1767: „...Es wurden hierbey für das höchste Wohl Ihrer beyderseits Königl. Majestäten, und des Kgl. Hauses, der Segen und andere Gebete durch den weit berühmten ‚Berlinischen Juden Obercantor und Sänger, nebst der ganzen Gemeinde, mit der Thora abgesungen und gebetet; wobey sich Trompeten und Pauken und viele andere musikalische Instrumente hören ließen. Ihre Kgl. Hoheiten, der Prinz und die Prinzessin von Preußen, verschiedene Herren Generals und andere Standespersonen beyderlei Geschlechts begnadigten und beehrten mit Ihrer Gegenwart diese festliche Einweihung...“

1917**Karl Gruhl verdächtigt**

Kriminalwachtmeister Danneberg aus Nowawes meldet am 22. Dezember dem Potsdamer Regierungspräsidenten: „Vor einigen Tagen sind in der Fabrik Orenstein und Koppel hier Ahornstraße heimlich mehrere Flugblätter mit revolutionärem Inhalt verteilt worden. Nicht alle Arbeiter haben ein Exemplar erhalten, sondern diese gingen von Hand zu Hand derjenigen, die anscheinend der Liebknecht-Partei angehörten.“ Der Schreiber verdächtigt namentlich den Schlosser Karl Gruhl, Flugblätter verteilt zu haben.

1927**„Schönen Gruß“ auch...**

In einem Erlass des Direktors der

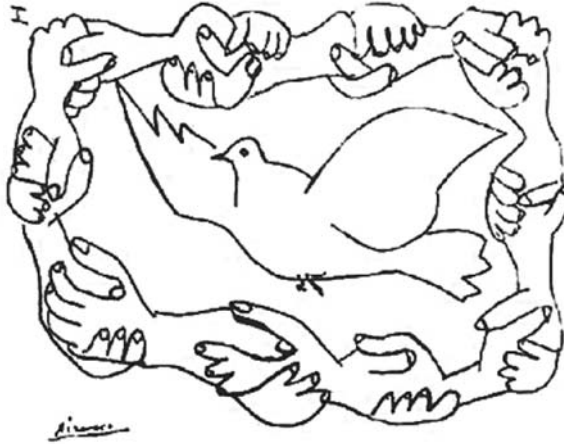
Potsdamer Verkehrsbetriebe, Jesinghaus, an alle Straßenbahnfahrer Potsdams am 2. Dezember wurde öffentlich in den Straßenbahnen ausgehängt:

„Herr Oberbürgermeister hat mitgeteilt, daß er von einem großen Teile des Personals der Straßenbahn nicht begrüßt wird, obgleich er

bestimmt weiß, daß die Betreffenden ihn kennen. außerdem beschwert sich Herr Oberbürgermeister darüber, daß diese in einer Form grüßen, die direkt disziplinwidrig ist. Ich glaube, daß dieser Hinweis genügt, um hier eine sofortige Änderung eintreten zu lassen. Herr Oberbürgermeister ist nicht nur Dezernent der Städtischen Elektrizitätswerke, sondern auch als Oberhaupt der Stadt Vorgesetzter. Auch ich habe bemerkt, daß ein Teil des Personals mir gegenüber eine lasche Haltung einnimmt. Sollte diese Beobachtung von mir auch künftig gemacht werden, so werde ich Veranlassung nehmen, hier einzugreifen.“

1947**Für Einheit und gerechten Frieden**

In Potsdam findet am 3. Dezember die Gründung des Vorbereitenden Komitees des Landes Brandenburg zum Volkskongress für Einheit und gerechten Frieden (06./07. 12. 1947) statt. In ihm sind Vertreter der SED, der CDU und der LDP sowie von Massenorganisationen vereint. Aus dem Land Brandenburg sollen 100 Delegierte an dem Kongress teilnehmen. Aus Potsdam sind es: Freifrau von der Lancken, Bruno H. Bürgel. Auf einer Großveranstaltung am 29. 11. 1947 im Reichsbahnausbesserungswerk mit 10.000 Teilnehmern waren bereits Vertreter gewählt worden: Erna Lalla (Mitglied der Stadtverordnetenversammlung LDP), Charlotte Walde (Beauftragte der SED für Umsiedler- und Sozialfragen) und Rudolf Krohse (Arbeiter aus dem Betrieb Orenstein & Koppel). Der Ministerpräsident des Landes Brandenburg, Dr. Carl Steinhoff, hatte erklärt: „Man kann heute



die Einheit Deutschlands nur ablehnen oder bejahen. Dann muß man aber auch konsequent und mit allen Kräften dafür arbeiten. Auf der Grundlage der Potsdamer Beschlüsse fordern wir die Entmilitarisierung und Demokratisierung Deutschlands und die Schaffung einer unteilbaren deutschen antifaschistisch-demokratischen Republik. Wir alle spüren, wie die aufrechte Haltung der Spaltung und Zerrissenheit Deutschlands immer unerträglicher wird. Selbstverständlich liegt die letzte Entscheidung bei den Alliierten, aber selbst den Kriegsverbrechern hat man in Nürnberg die Gelegenheit gegeben, ihre Auffassung darzulegen.

Deshalb werden alle fortschrittlichen Kräfte in Deutschland, die Männer und Frauen und insbesondere die Jugend, die Einberufung des Deutschen Volkskongresses begrüßen. Wir wollen endlich raus auch aus unserer staatlichen Rechtlosigkeit. Die Initiative der SED sei eine nationale Großtat von geschichtlicher Bedeutung. Es geht heute nicht nur um Deutschland und seine Zukunft, es geht vor allem auch um die Sicherung des Friedens der gesamten Welt.“ (MV, 01. 12. 1947)

1952**Kinderkrippe in der Hebbelstraße**

Baumeister Otto Bärwald, Friedrich-Ebert-Straße 39, erfüllt am 17. Dezember seine Selbstverpflichtung, den Bau der Kinderkrippe in der Hebbelstraße 4 zu unterstützen. Er hatte sich verpflichtet, 100 Maurer- und Zimmererstunden kostenlos sowie für zehn Stunden seinen Lastwagen mit Fahrer zur Verfügung zu stellen.

1962**Dank den Rentnern**

Auf dem Weihnachtsempfang für Rentner im Haus der Offiziere am 19. Dezember zieht Oberbürgermeisterin Brunhilde Hanke Bilanz und dankt den Rentnern, „...die überall, wo es ihre Schaffenskraft noch erlaubt, tatkräftig mit zupacken...“ (MV, 23. 12. 1962), den kulturellen Teil übernimmt das Musikorchester der Volkspolizei unter der Leitung von Hauptmann Thurig; der Sänger Rolf Zander, das Stephan-Hermlin-Ensemble der Pädagogischen Hochschule Potsdam, Sängerin Helga Oschmann.

1982**Jugendklub eröffnet**

Im Wohngebiet Waldstadt II wird am 30. Dezember der Jugendklub „Hanns Eisler“ (Otto-Grotewohl-Str. 66) seiner Bestimmung übergeben. Es ist der 47. der Stadt Potsdam. Bei der Eröffnung sind u.a. dabei: Brunhilde Hanke, Oberbürgermeisterin, Heinz Vietze, 1. Sekretär der Bezirksleitung Potsdam der FDJ, Manfred Kienitz, 1. Sekretär der Kreisleitung Potsdam der FDJ. Die Jugendlichen feiern bereits einen Tag später ihre Silvesterfeier im Klub.

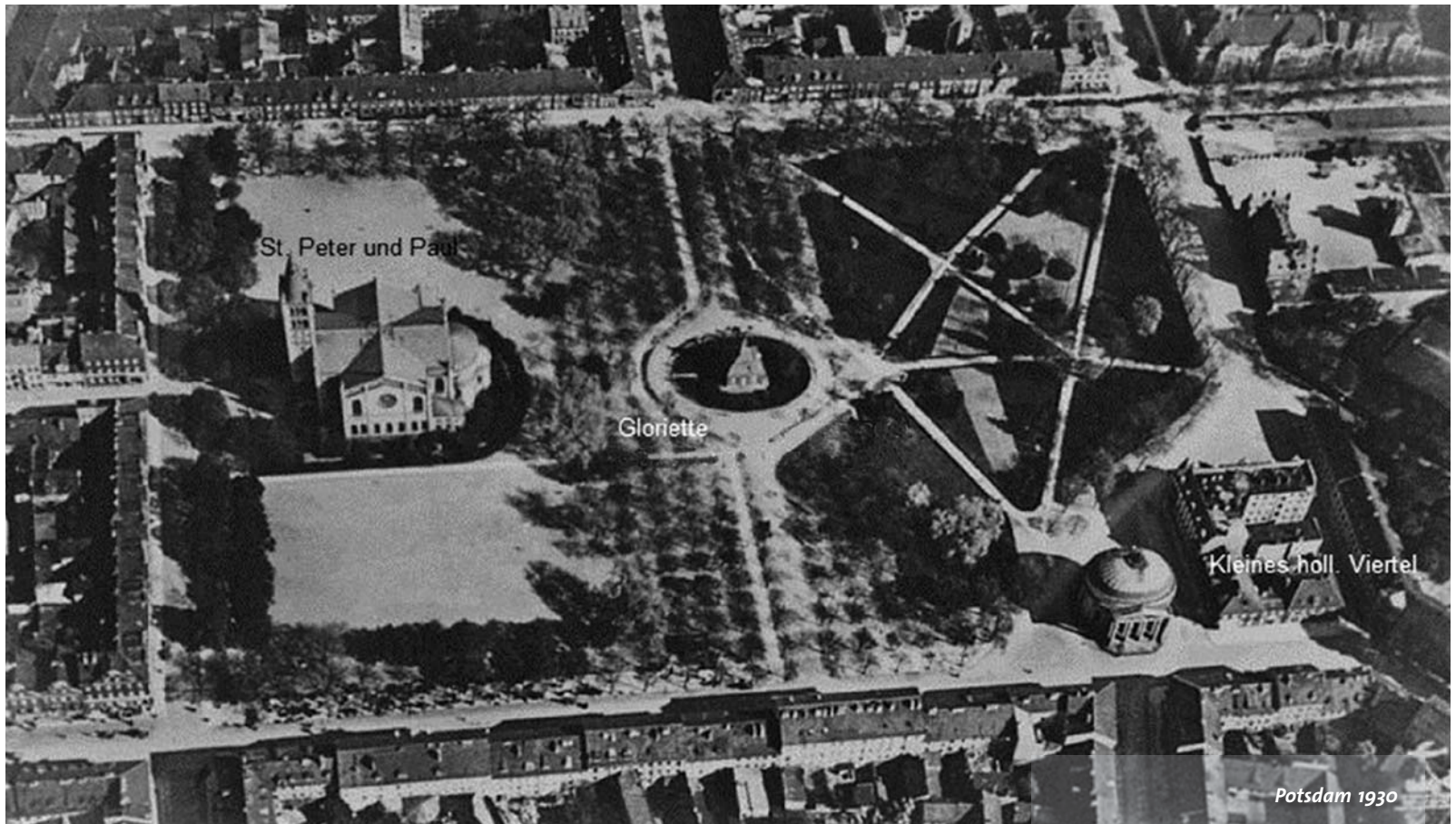
1997**Größter Chanukka-Leuchter Deutschlands**

Der Landesrabbiner Nahum Presman entzündet am 23. Dezember vor dem Filmmuseum den größten Chanukka-Leuchter Deutschlands (4,7 m große Konstruktion). Er will damit dokumentieren, dass es in Potsdam wieder ein reiches jüdisches Leben (Gemeinde ca. 400 Mitglieder) gibt und eine neue Synagoge dringend benötigt wird.

2007**Filmorchester wieder in Babelsberg**

Das Filmorchester Babelsberg spielt am 27. Dezember nach 15 Jahren „Exil“ in Berlin seinen ersten TV-Filmtrack im ehemaligen – jetzt umgebauten – DEFA-70-Kino ein. Lorenz Dangel dirigiert Musik zur TV-Produktion „Kreuzfahrt ins Glück“, die am 24. 02. 2008 ausgestrahlt wird.

KALENDERBLÄTTER JANUAR



1683

Brandenburger Kolonie in Afrika

Major Otto Friedrich von der Groeben begründet am 1. Januar die erste Kolonie Brandenburgs, das Fort Großfriedrichsburg (heutiges Ghana). Die kurfürstliche Flagge wird „...mit Pauken und Schallmeyen auffgeholet, mit allem im Gewehr stehenden Soldaten empfangen, und an einem hohen Flaggen-Stock aufziehen lassen, dabey mit 5 scharff geladenen Stücken das Neue Jahr geschossen, denen jedes Schiff mit fünf geantwortet, und ich wieder mit drey bedancket. Und weil Seiner Churfürstlichen Durchlaucht Nahme in aller Welt Groß ist, also nennete ich auch den Berg: den Grossen Friedrichsberg...“

1723

Gnadenlos gegen Deserteure

Friedrich Wilhelm I. erlässt am 29. Januar ein Edikt gegen die Desertion: „Wann ein Soldat von einem Regiment der Compagnie desertirt und solches

von dem Officier auf dem Lande und in den Städten kund gemacht wird, So sollen Bürger und Bauren sofort aufsitzen, die Sturm-Glocken läuten, die Pässe besetzen und den Deserteur weiter aufsuchen ... Wer aber einen Deserteur durchhilfft, hat den Galgen verwürcket und soll derselbe so gleich ... aufgehänget werden.“

1728

Zum Karneval nach Dresden

Friedrich Wilhelm I. und der Kronprinz reisen vom 14. Januar bis zum 12. Februar zum Karneval nach Dresden. Friedrich Wilhelm I. schreibt unter dem 22. 01. 1728: „Ich bin in Dresden und springe und tanzte, ich bin mehr fatignirt als wenn ich alle Tage zwei Hirsche toht hetze. Der König tuet uns so vill Höflichkeit, daß es nit zu sagen ist.“

1933

Ehrung für Eugen Dühring

Am ehemaligen Wohnhaus des Philosophen und Nationalökonomen Eugen Dühring, in der Nowaweser Goethestraße 63, wird am 12. Januar eine

Gedenktafel enthüllt: „Der große Denker trat für Wahrheit, Treue und Gerechtigkeit ein, bekämpfte die Lehre von Carl Marx bei jeder Gelegenheit auf das schärfste. Er hatte auch für das Christentum nichts übrig und so war es erklärlich, daß er viel angefeindet wurde.“ (Potsdamer Tageszeitung“, 13. 01. 1933); die Gedenktafel hatte folgenden Text: „Hier wohnte von 1893 bis zu seinem Tode der große Reformator und Denker Eugen Dühring, geb. am 12. Jan. 1833 in Berlin, gest. am 21. Sept. 1921 in Nowawes“

1948

Gedenktafel für Max Dortu

In einem Antrag der Abteilung Städtisches Museum im Amt für Volksbildung an das Potsdamer Stadtparlament wird am 31. Januar vorgeschlagen, am Geburtshaus Dortus eine Gedenktafel anzubringen, die Bäckerstraße in „Max-Dortu-Straße“ umzubenennen und am Grabe in Freiburg Blumen niederzulegen. Der Vorschlag wird später dahingehend präzisiert, nicht die Bäcker-, sondern die Waisenhausstraße umzubenennen. Der Vorschlag wird am 24. 02. 1948 durch das Stadtparlament mit 28 : 27 Stimmen angenommen.

1958

Verdienter Erfinder

Kollege Ziemer vom Kartographischen Dienst Potsdam wird am 7. Januar als „Verdienter Erfinder“ ausgezeichnet. Dazu heißt es in der „Märkischen Volksstimme“: „...seit einiger Zeit befindet sich im Kartographischen Dienst in Potsdam ein mechanisches Verfahren zur Kartenherstellung in der Erprobung, welches durch genormte Werkzeuge, Schablonen und genaue Optiken in den verschiedenen Geräten die Arbeit der Zeichner wesentlich vereinfacht und beschleunigt.“

1963

Die „Erfolgreichsten“

Die Sporttaubenzüchter des Bezirkes Potsdam feiern am 27. Januar ihren „Ball der Erfolgreichsten“ im Klubhaus Babelsberg. Der mehrfache Kreisflugmeister Heinz Straßberger aus Potsdam-Bornstedt wird als Bezirksflugmeister ausgezeichnet und erhält die Goldmedaille. Hans Schmidt aus Potsdam-Drewitz erhält die Silbermedaille.

Rathauskooperation setzt auch beim Rechenzentrum auf Abriss von DDR-Bauten in Potsdamer Mitte

Zur Beschlussfassung der Potsdamer SVV am 8. November 2017 in Bezug auf die weitere Nutzung des Rechenzentrums als Kunst- und Kreativhaus erklärt die Potsdamer Landtagsabgeordnete, stadtentwicklungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE und Fördermitglied des FÜR e.V. (Freundliche Übernahme Rechenzentrum), Anita Tack: „Der durch den Hauptausschuss angenommene Antrag zur Diskussion um die Zukunft des Rechenzentrums, v.a. zur Verlängerung der temporären Nutzung des Verwaltungsgebäudes des Rechenzentrums als Kunst- und Kreativhaus und zur Finanzierung des dafür nötigen Mehraufwands, war ein guter Kompromiss, der mehrere Möglichkeiten offen ließ.“

Das trifft auf den nun von der Rathauskooperation beschlossenen Text leider nicht zu. Hier wird eindeutig weiter auf Abriss und nicht auf offene Diskussion zu Perspektiven der Kunst- und Kreativszene der Landeshauptstadt gesetzt.

Für einen Neubau des Kirchenschiffs der Garnisonkirche ist langfristig absehbar kein Geld vorhanden. Ganz abgesehen davon, dass das Vorhaben bei großen Teilen der Bevölkerung auf Ablehnung stößt. Das heißt, es gibt eben genauso langfristig keinen Grund für einen Abriss des Rechenzentrumgebäudes. Wenn nun schon von vornherein einengende Bedingungen beschlossen werden, so ist das erstens unnötig, zweitens einseitig Partei ergreifend und schließt den Fortbestand des Rechenzentrums nach 2023 aus. Das vertieft die Spaltung der Stadtgesellschaft, anstatt sie zu einen. Ich fordere eine offene Diskussion, die alle Aspekte für die zukünftige Gestaltung der Plantage beleuchtet und dann zu einer für alle Seiten akzeptablen Kompromisslösung führt. Das ist, trotz der Beschlussfassung in der Stadtverordnetenversammlung, immer noch möglich.“

Ein falsches Zeichen für Potsdam

Mit einem Gottesdienst wurde am 29. Oktober 2017 an der Breiten Straße der Baustart für den Garnisonkirchturm gefeiert. Protest dagegen wurde als „respekt- und würdelos“ diffamiert. Ein Versöhnungszentrum, das von Beginn an spaltet, kann seine Ziele kaum erreichen. Dazu erklärt der Kreisvorsitzende der Potsdamer LINKEN, STEFAN WOLLENBERG:

„Der Baustart für den Garnisonkirchturm reiht sich ein in die Ereignisse dieses Sommers, die dazu geeignet sind, die Gräben in der Stadtgesellschaft immer weiter zu vertiefen, statt sie zuzuschütten. Dabei geht es gar nicht zuerst um Mehr- und Minderheiten, sondern um den Anspruch, alle mitzunehmen, Beteiligung ernst zu nehmen und Raum für unterschiedliche Entwicklungen zu geben - auch und vor allem in der Potsdamer Mitte. Diejenigen, die diesen Ort als „Versöhnungszentrum“ entwickeln wollen, hätten gut daran getan, das zu berücksichtigen und einen wirklichen Neuanfang zu wagen.“

Die Chance dazu hätte es gegeben - und durch das lebendige und kreative



Kunsthau „Rechenzentrum“ ist sie jüngst sogar deutlich gewachsen! Spannende Entwürfe für das Nebeneinander von Turm und Kunstzentrum gibt es, schade - das sie nicht ernsthaft aufgegriffen werden. Ein Turm in moderner, zeitgemäßer Architektursprache, ergänzt durch ein lebendiges Kunst- und Kulturzentrum anstelle des Kirchenschiffs - was für ein tolles Wahrzeichen für ein modernes, weltoffenes und buntes Potsdam könnte das werden - ein wirklicher und ehrlicher Bruch mit den unseligen Traditionen dieses Ortes!

Die Befürworter eines originalgetreuen Wiederaufbaus übersehen näm-

lich einen ganz wesentlichen Aspekt: Man muss gar keine falschen Absichten unterstellen - selbst, wenn das Konzept des Versöhnungszentrums derzeit noch eher nebulös erscheint. Wenn der Turm erst steht, liegt die Interpretation und Inanspruchnahme dieses dann öffentlichen Ortes nur noch begrenzt in der Hand der Betreiber. Er ist Symbol dunkler Teile der deutschen Geschichte - und interessierte Kreise werden ihn auch so nutzen. In Zeiten, in denen rechte und rechtsextreme Auffassungen in unserem Land wieder erstarken, wäre ein deutlicher inhaltlicher und visuell-architektonischer Bruch mit der Geschichte das Gebot der Stun-

Stinkbomben nicht akzeptabel

Beim sonntäglichen Gottesdienst zur Feier des Baustarts der Turmes der Garnisonkirche kam es zu verschiedenen Protesten von Kritiker*innen des Bauvorhabens.

Vorrangig handelte es sich um friedliche Meinungsäußerungen. Einzelne Handlungen, insbesondere das Werfen von Stinkbomben auf das Baufeld der Garnisonkirche, übersteigen jedoch

jede Form akzeptabler Meinungsäußerung und widersprechen dem Grundrecht auf ungestörte Religionsausübung.

Hiervon möchten wir, der Sprecher*innenrat der Nutzer*innen des Rechenzentrums sowie der Vorstand des FÜR e.V., uns in aller Deutlichkeit distanzieren.

Das Kunst- und Kreativhaus wurde

als Ausübungsort vereinnahmt, das offene, türlose Atelier eines Künstlers missbraucht. Einige Kunstwerke wurden stark beschädigt, der Raum sowie einige andere Räume im direkten Umfeld sind durch den verursachten Gestank derzeit nicht nutzbar.

Die Aktionen spiegeln nicht unser Handeln und den Konsens der Nutzer*innen des Kunst- und Kreativ-

Direkte Demokratie heißt: Den Bürgerwillen ernst nehmen!

Zur erstmaligen Verleihung des Max-Dortu-Preises am 22. Oktober 2017 erklärte die LINKEN-Kreisvorsitzende KATI BIESECKE: „Wir freuen uns sehr, dass mit der erstmaligen Verleihung des Max-Dortu-Preises ein wichtiger Schritt zur Würdigung des bedeutenden Potsdamer Revolutionärs in die Tat umgesetzt wurde. Auch DIE LINKE hat sich lange für die Anerkennung seiner Leistungen eingesetzt.“

Mit Hans-Christian Ströbele (FOTO) wurde eine Persönlichkeit gewürdigt, die wie nur wenige andere für direkte Demokratie und bürgerschaftliches Engagement steht. Und er nutzte die



Gelegenheit, auch der Stadt ein paar wichtige Gedanken mit auf den Weg zu geben, indem er auf die aktuellen Diskussionsprozesse in Potsdam Bezug nahm und forderte, den Bür-

gerwillen und die Debatten ernstzunehmen.

Ich hoffe, dass seine klugen und mahnenden Worte auch in der Stadtspitze auf offene Ohren getroffen sind. Alles andere führt auf Dauer nur zu Politik- und noch schlimmer zu Demokratie-Verdrossenheit.

Natürlich wäre es ein schönes Zeichen gewesen, diesen Preis für die Stärkung des demokratischen Miteinanders auf kommunaler Ebene gerade bei der Premiere auch an eine Potsdamerin oder einen Potsdamer zu verleihen - aber was nicht ist, kann ja noch werden!“

Potsdamer Integrationspreis 2017 verliehen

Die Landeshauptstadt Potsdam hat im Oktober 2017 gemeinsam mit der ProPotsdam GmbH in der Reithalle A im Hans Otto Theater zum 13. Mal den Integrationspreis verliehen. Oberbürgermeister Jann Jakobs, die Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung Birgit Müller und die Vorsitzende des Migrantenbeirates Diana González Olivo übergaben den Preis an die diesjährigen Sieger des Wettbewerbes. Oberbürgermeister Jann Jakobs dankte allen Initiativen, die sich beworben haben, für ihr Engagement. Insgesamt 24 Bewerbungen waren in diesem Jahr bei der Geschäftsstelle des Migrantenbeirates der Landeshauptstadt Potsdam eingegangen.

Der 1. Preis wurde verliehen an die Fachhochschule Potsdam mit dem Projekt „HERE! Beratungsstelle für Flüchtlinge mit Studienwunsch“.

Der 2. Preis ging an den AWO Bezirksverband Potsdam e. V., Flüchtlingshilfe Babelsberg e. V. und Start with a Friend e. V. mit dem Projekt zur Vermittlung und Begleitung von Patenschaften und Tandempartnerschaften zwischen geflüchteten Menschen und ehrenamtlich Engagierten in Potsdam.

Den 3. Preis erhielt der UJKC Potsdam e. V. und Universitäts-Judo und Kampfsport-Club mit dem Projekt „Wir kämpfen gemeinsam“.

Der mit 500 Euro dotierte „Sonderpreis Nachbarschaft“ von der ProPotsdam, der von Geschäftsführer Jörn-Michael Westphal überreicht wurde, ging an die Bürgerstiftung Potsdam mit dem Projekt „Buntes Essen – Begegnung in der Suppenküche“.

Der Integrationspreis wurde 2005 von den Mitgliedern des damaligen Ausländerbeirates initiiert, von den Stadtverordneten unterstützt und beschlossen und mit einem Preisgeld von insgesamt 1000 Euro ausgestattet. Das Preisgeld wurde in diesem Jahr auf 2000 Euro erhöht.

Mit der Auslobung des Preises verfolgt die Stadt das Ziel, besondere Leistungen auf dem Gebiet der Integration zu würdigen. Potsdamer Träger, Vereine, Initiativen, Privatpersonen, Schulen, Kindergärten, Betriebe und andere Organisationen wurden aufgerufen, sich zu bewerben. Die ProPotsdam stiftet alljährlich den „Sonderpreis Nachbarschaft“, mit dem Projekte gewürdigt werden, die dem täglichen guten nachbarschaftlichen Zusammenleben verschiedener Kulturen und Generationen dienen.

Die Preisträger wurden durch eine unabhängige Fachjury ermittelt. In der



Jury unter Vorsitz von Birgit Müller, Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam, saßen: der Geschäftsführer der ProPotsdam, Jörn-Michael Westphal; Viktor Kalitke, stellvertretender Vorsitzender des Migrantenbeirates; Dr. Ljuba Kirjuchina, Wissenschaftlerin an der Universität Potsdam; Aenne Lamprecht, Unternehmerin im Gesundheitswesen; Dr. Essmaiel Archoukieh, Wissenschaftler am Leibniz-Institut für Agrartechnik; Bernd Schröder, ehemaliger Trainer der Frauenfußballmannschaft Turbine Potsdam; Mario Kade, Unternehmer aus Potsdam und Brigitte Faber-Schmidt, Geschäftsführerin der Brandenburgischen Gesellschaft für Kultur und Geschichte gGmbH.

Bei der Preisverleihung wurden alle eingereichten Projekte mit Kurzfilmen vorgestellt. Die Filmbeiträge sind in Kooperation mit dem Audiovisuellen Zentrum der Universität Potsdam entstanden. Durch den Nachmittag führte Moderator Tim Jäger.

Neben den Preisträgern hatten sich weitere Potsdamer Engagierte mit folgenden Projekten um den Integrationspreis beworben: HelpTo SMILE – Wir schenken Kindern ein Lächeln, Antragsteller: HelpTo – das Hilfe-Portal für soziales Engagement, Projektträger: Neues Potsdamer Toleranzedikt e. V.; DaZ macht Schule, Antragsteller: Schulförderverein der Grundschule am Humboldttring Potsdam e. V., Projektträger: Grundschule am Humboldttring Potsdam; MitMenschen Bornstedt – Integration im Stadtteil, Antragsteller: Verein zur Integration geflüchteter Menschen e. V.; Heimische Tierwelt vor der Haustür entdecken und „Begreifen“, Antragsteller: Weidenhof – Grundschule Potsdam und Naturkundemuseum Potsdam; Ehrenamtliche Flüchtlingsinitiative der Kirchengemeinde Babelsberg, Antragsteller: Familie Martina und Günther

Kruse, Projektträger: Ehrenamtsinitiative der Kirchengemeinde Babelsberg; Communities in Potsdam – bunt und lebendig, Antragsteller: Mädchentreff „Zimticken“, Projektträger: Autonomes Frauenzentrum Potsdam e. V.; Heimatsounds #2 – Musik und Freundschaft, Antragsteller: Waschhaus Potsdam Bar der Kulturen 2017, Antragsteller: Waschhaus Potsdam; Lernwerkstatt Deutsch, Antragsteller: Volkshochschule Potsdam; Sprachtandem, Antragsteller: Bürgerhaus Sternzeichen, Projektträger: Demokratischer Frauenbund LV Brandenburg e. V.; Einzelperson im Ehrenamt, Antragsteller: Bürgerhaus Sternzeichen für Frau Alla Feldmann, Projektträger: Demokratischer Frauenbund LV Brandenburg e. V.; Integration und Nachbarschaft im Quartier, Antragsteller: Quartiermanagement für die Allianz am Schlaatz, Projektträger: Trägerkooperation im Stadtteil am Schlaatz; Tanzgruppe, Antragsteller: Verein Mosaikstein e. V.; Besuch bei Senioren, Antragsteller: Verein Mosaikstein e. V.; Begegnungsraum – Beratung und Stabilisierung von Flüchtlingen mit Traumafolgestörungen, Antragsteller: AWO Bezirksverband Potsdam e. V.; 3XDeutschland, Antragsteller: Stiftung für Engagement und Bildung e. V.; qu.Integration, Antragsteller: Katte e. V.; „Gemeinsame Masche“ – Netzwerk stricken, Antragsteller: Bürgerstiftung Potsdam; Deutschland live, Antragsteller: Bürgerstiftung Potsdam Bürgerbank, Antragsteller: Bürgerstiftung Potsdam.

Für weitere Informationen und Anfragen steht Ihnen der Migrantenbeirat der Landeshauptstadt Potsdam unter 0331/289 3346 oder per E-Mail unter migrantenbeirat@rathaus.potsdam.de zur Verfügung.

Weitere Infos zum Integrationspreis sowie zu den Siegern und Platzierten der Vorjahre finden Sie auf www.potsdam.de/Integrationspreis.

DIE LINKE gibt „den Osten“ nicht auf

Das Bundeskabinett hat den diesjährigen Bericht zum Stand der Deutschen Einheit Anfang September 2017 gebilligt. Dazu erklärte Dietmar Bartsch, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE: „Das jährlich wiederkehrende Betroffenheitsgeschwafel begleitet auch dieses Jahr die neuesten Zahlen zum Aufbau Ost. Die ostdeutsche Wirtschaft holt immer noch nicht auf. Auf den Deutschlandkarten mit den wichtigsten Strukturdaten zeichnet sich auch heute deutlich die DDR ab. Die Ursachen sind seit Jahren bekannt und stehen wörtlich schon in den Vorjahresberichten: Keine Unternehmenszentralen, keine Forschungs- und Entwicklungsabteilungen, deutlich niedrigere Löhne als im Westen. Mich stört die Gleichgültigkeit von Angela Merkel. Wichtige Ost-Förderprogramme werden aufgeweicht, die Renteneinheit soll erst in sieben Jahren kommen und der Solidarpakt ersatzlos auslaufen. Unter Kanzlerin Merkel ist Ostdeutschland zu einer bedauernswert rückständigen Region geworden.“

DIE LINKE hat den Osten nicht aufgeben. Die bisher unvollendete Deutsche Einheit ist historisch zu bedeutend, um sie als abgehakt zu betrachten. Ich fordere ein eigenständiges Ministerium für Infrastruktur und die neuen Länder und einen Solidarpakt III für strukturschwache Regionen in Ost und West. Gleichwertige Lebensverhältnisse müssen wieder Chefsache werden.“

Aus Sicht des Linken-Politikers Gregor Gysi „liegt eine Angleichung der Lebensverhältnisse in weiter Ferne“. Den Blättern der Neuen Berliner Redaktionsgesellschaft sagte er, der Regierungsbericht sei „Dokument des Versagens“.

Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Reiner Haseloff (CDU) forderte, „Deutschland insgesamt und die EU stehen in der Verantwortung, die Entwicklungschancen des Ostens weiter zu fördern und den Aufholprozess ... zu beschleunigen“.

Aus Sicht des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) kommt die Ost-Wirtschaft im Aufholprozess gut voran. Das Wachstum könnte 2017 mit gut zwei Prozent etwas stärker ausfallen als in Deutschland insgesamt mit 1,8 Prozent.

Hauptgeschäftsführer Martin Wansleben sagte der „Passauer Neuen Presse“, die Stimmung in den ostdeutschen Betrieben sei gut. Die Geschäftserwartungen hätten einen deutlichen Sprung nach oben gemacht. Erstmals seit mehr als acht Jahren seien Ost-Betriebe zuversichtlicher als der Schnitt: „Daher sieht alles nach einer Fortsetzung des Aufholprozesses aus.“

Einwohnerrekord: Mehr als 175.000 Potsdamer

Am 1. November hat Potsdam die Grenze von 175.000 Einwohnern geknackt und es werden täglich mehr. Bereits am 2. November wies die Statistik 175.043 Einwohner aus. Insgesamt ist die Einwohnerzahl seit Jahresbeginn um 3.446 gestiegen, d.h. jeden Tag werden ca. 10 Menschen neue Potsdamer. Potsdam erlebt damit das bisher stärkste Wachstum seit der Wende. Die Statistiker rechnen nach der Erfahrung der vergangenen Jahre mit einem erneuten Anstieg zum Jahresende. Auswirkungen hat das auf allen Gebieten. Die Stadtplanung sieht derzeit noch ein Potenzial für ca. 16.000 neue Wohnungen in der Stadt. Allein im kommenden Jahr werden 1.137 neue Kitaplätze benötigt, in den nächsten 5 Jahren über 3.400. Die jetzt schon geplanten Investitionen



in neue Schulen summieren sich auf ca. 250 Mio. Euro – und es ist absehbar, dass sie nicht ausreichen werden. Der ÖPNV ist auf vielen Strecken an seiner Kapazitätsgrenze – mindestens in den Stoßzeiten. Mit einer Generalsanierung der alten Tatra-Züge und verlängerten Combis versucht der VIP mitzuhalten. Die Stadt wird nicht umhin kommen, ihre Prioritäten neu zu setzen, ihr Augenmerk weg von der prestigeträchtigen Mitte hin zu den elementaren Lebensbedürfnissen der Potsdamerinnen und Potsdamer zu lenken. In den kommenden Jahren muss es vor allem um bezahlbares Wohnen für alle und den massiven und nachhaltigen Ausbau der öffentlichen Daseinsvorsorge gehen.

Kann ein Einwanderungsgesetz **LINKS** sein?

Zur Diskussion dieser Frage hatte DIE LINKE in Berlin-Neukölln am 25. Oktober ins Abgeordnetenbüro RigoRosa eingeladen. Es diskutierten die Juristin Dr. Lena Kreck, die an einem ersten Entwurf für ein linkes Einwanderungsgesetz mitgewirkt hat, sowie die LINKE-Bundestagsabgeordnete Ulla Jelpke mit dem Publikum. Die Moderation übernahm Bundesvorstandsmitglied Katharina Dahme. Das Entwurfspapier, welches seit Januar 2017 veröffentlicht ist, sei, so Kreck, ein offenes Diskussionsangebot, welches das Parteiprogramm mit der Formulierung der „offenen Grenzen“ konkret mache.

Sie ging auf drei Punkte ein. Erstens sollte ein solches Gesetz das Asylrecht wieder ausbauen, wobei es um die Erweiterung um wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte für die Gehe, die nach Deutschland kämen. Zweitens schlage das Papier vor, die derzeitige Logik des Aufenthaltsgesetzes grundsätzlich in Frage zu stellen, nach der nur solche Personen hier bleiben dürfen, die sich selbst wirtschaftlich tragen können. Der Formulierungsvorschlag laute daher, dass all jene eine Aufenthaltsgenehmigung bekämen, die hier „einen sozialen Anknüpfungspunkt“ hätten. Drittens spreche man sich eindeutig für die mehrfache Staatsangehörigkeit aus, um beispielsweise auch die politische Teilhabe nicht von einer deutschen Staatsangehörigkeit abhängig zu machen.

Ulla Jelpke, die nach eigenen Angaben seit 2000 an dieser Debatte beteiligt ist, warf Kritik in den Raum. Sie fragte: Welchen Ertrag brächte ein sol-

cher Gesetzesvorschlag in der aktuellen gesellschaftlichen Situation, in der sogar der Vorstoß einer CDU-Kanzlerin, Geflüchtete hier in Deutschland willkommen zu heißen, den gesellschaftlichen Diskurs nicht nach links, sondern eher nach rechts verlagert habe? Jelpke wies daraufhin, dass uns als Teil der linken gesellschaftlichen Kräfte ohnehin die Mehrheiten – auch im Parlament – für die Umsetzung eines solchen Konzepts fehlten. Sie sei dann



auch nicht bereit, daran mitzuwirken, wer unter den Gesichtspunkten kapitalistischer Verwertbarkeit in Deutschland bleiben dürfe und wer nicht, denn das sei die vorherrschende Logik. Wir müssten mit einem Gesetz aber auch gezwungenermaßen Vorschläge machen, wie zu regeln sei, wer Deutschland verlassen müsse. Sie lehne Zwangsabschiebungen aber entschieden ab; gleichzeitig befürchte sie eine Überforderung, wenn ein solches Ge-

setz, wie in dem Papier vorgeschlagen, in Kraft trete. Die Mitgliedschaft in einem Sportverein als „sozialen Anknüpfungspunkt“, ein Beispiel, welches in der Debatte aufkam, halte sie für nicht ausreichend.

Die Bundestagsfraktion arbeitet derzeit in vielerlei Hinsicht daran, Menschen das Bleiberecht zu ermöglichen. Jelpke schlug die Ausweitung des Schutzbegriffes vor, was bedeute, dass die Liste der anerkannten Fluchtursachen ausgeweitet würde – dies betreffe zum Beispiel extreme Armut. Hier fanden die Argumentationslinien von Jelpke und Kreck zusammen, da die von Kreck angesprochene Ausweitung des Aufenthaltsgesetzes auf wirtschaftliche Menschenrechte im

Grunde Ähnliches meint. Die Diskussion brach auch nach Ende der Veranstaltung nicht ab, denn die intensive Debatte dazu innerhalb der Partei ist gerade erst angelaufen.

Das Papier ist öffentlich und sollte genutzt werden, um zu diskutieren, welche Rolle DIE LINKE in der aktuellen Diskussion um Migration und insbesondere um Einwanderung nach Deutschland spielen sollte.

Gesine Dannenberg

Elternbeitragsatzung für Kitas rechtswidrig

Potsdams Eltern sind aufgebracht und verunsichert - zu Recht. In der Jugendhilfe-Ausschuss-Sitzung im November hatte der Anfang des Jahres neu gegründete Kita-Elternbeirat berichtet, dass die Elternbeitragsatzung für die Potsdamer Kitas in mehreren Punkten gegen geltendes Recht verstößt. Die Stadtverwaltung widersprach dieser Einschätzung im Ausschuss nicht und im Nachgang informierte der Sozialbeigeordnete Mike Schubert auch offiziell die Öffentlichkeit, Eltern und Träger über Fehler im Aufstellungsverfahren. Landesweit sind eine erhebliche Zahl an Klagen anhängig. Die Regelungen im Kitagesetz, von denen die Kommunen ihre Satzungen ableiten, sind an vielen Stellen unklar und werden von den Satzungsgebern unterschiedlich ausgelegt.

In Potsdam gibt es gleich mehrere Probleme. Zum einen unterhält die Stadt gar keine eigenen Kitas - sie werden

ausnahmslos von freien Trägern betrieben. Nach dem Gesetz müsste jeder Träger eine eigene Satzung erlassen, ggf. sogar für jede Einrichtung einzeln. All diese Satzungen müsste das Jugendamt vorher genehmigen. Das wären für Potsdam weit über 100 Satzungswerke. Daran haben auch die Potsdamer Kitaträger kein Interesse.

Zum anderen dürfen für die Elternbeiträge nur Kosten angesetzt werden, die nicht schon vom Träger der öffentlichen Jugendhilfe - in diesem Fall Potsdam als kreisfreie Stadt - getragen werden müssen. Zu diesen Kosten erhält Potsdam einen Zuschuss des Landes. Nur diesen Zuschuss hat Potsdam bisher bei der Beitragsberechnung abgezogen. Welche Kostenarten nun tatsächlich auf die Elternbeiträge umgelegt werden dürfen, ist unklar.

LINKEN-Vorsitzender und Jugendhilfeausschuss-Mitglied Stefan Wollenberg

forderte nach Bekanntwerden der rechtlichen Probleme, die Verwaltung müsse für ihre Fehler gerade stehen. Eltern und Träger dürften nicht im Regen stehen gelassen oder auf den Klageweg gezwungen werden. Dies sagte inzwischen auch der Sozialbeigeordnete Mike Schubert zu. Man wolle so schnell wie möglich einen rechtskonformen Zustand herstellen. Zu diesem Zweck hat Schubert eine Art runden Tisch aus Vertretern des Jugendhilfeausschusses, Eltern, Trägern und Verwaltung einberufen. Diese sollen nun mit Unterstützung von Juristen beider Seiten ein rechtssicheres und konsensfähiges Beitragsmodell erarbeiten. Bis zum neuen Kita-Jahr soll es stehen. Anschließend werde man auf dieser Basis die Rückzahlungen ermitteln und durchführen. DIE LINKE sitzt mit am Tisch und wird für die Interessen der Potsdamer Familien einstehen.

Brandenburgs Zukunft: Sozial, regional, digital

Wir leben in einer Zeit voller Widersprüche. Das gilt auch für Brandenburg. Einerseits ist die wirtschaftliche Lage im Land stabil: Die Arbeitslosenzahlen gehen zurück, die Wirtschaftsentwicklung ist gut, die Rad- und Fußwege erneuert und auch die meisten Schulen und öffentlichen Gebäude sind in einem guten Zustand. Das Land hat ein so genanntes Sozialstaatsversprechen abgegeben. Demnach soll es keinem Brandenburger und keiner Brandenburgerin schlechter gehen, „nur“ weil das Land eine große Anzahl von Geflüchteten aufgenommen hat und diesen hier ein neues Zuhause bieten will. Diese Herausforderung wollen und werden wir auch in Zukunft schultern, ohne dass dadurch an anderer Stelle gespart werden muss. Andererseits herrscht im Land Ungleichheit und Unzufriedenheit. Man fühlt sich von der Politik vernachlässigt. Die Gründe dafür sind vielschichtig: Seit den 90er Jahren wurden im Osten die Lebensleistungen und auch die Biographien vieler systematisch entwertet. Viele gut Ausgebildete sind mittlerweile weggezogen, die Familie ist in der weiten Welt verstreut. Viele Jahre des Sparkurses, in denen die Dorfschule geschlossen wurde, die Polizei konzentriert wurde und Verwaltungen zusehends verschlankt und zentralisiert wurden, haben einen Eindruck hinterlassen, den die rot-rote Landesregierung nach und nach umkehrt. Vielerorts fühlen sich die Menschen mit diesen Sorgen



nicht mehr ernst genommen, weil Politik immer auf Erfolge verweist und die Aufmerksamkeit vor allem den großen Projekten widmet, die aber in der Lebensrealität der Menschen kaum Bedeutung haben.

Hinzu kommen Zukunfts- und Verlustängste: Kann ich im digitalen Zeitalter überhaupt noch mithalten? Kümmert sich dann noch jemand um mich, oder wird alles nur noch Online gemacht? Komme ich bei der Globalisierung unter die Räder? Sind die Geflüchteten nicht

noch billigere Arbeitskräfte, als ich es schon bin? Was wird dann aus mir und meinem kleinen, hart erarbeiteten Glück? Diese persönlichen Sorgen des Einzelnen werden zu gesellschaftlichen Konflikten, weil sie von Vielen geteilt werden. Sie werden mit zunehmender Schärfe und Vehemenz vorgetragen, auch weil man sich von der Politik allgemein keine Lösung der Probleme mehr erwartet. Dies führt zusehends zu einer Entsolidarisierung im Land. Aber nicht das Land steckt in einer Krise, sondern es bricht sich Bahn, was viele Menschen seit langem spüren: die ungleiche Verteilung öffentlicher Ressourcen, von Einkommen, von Lebens- und Bildungschancen und Aufstiegsperspektiven.

Was wir tun:

Wer die Sorgen der Menschen ernst nehmen und gleichzeitig die realen Lebensbedingungen verbessern will, braucht Ehrlichkeit, Offenheit, und Zuverlässigkeit. Dazu gehört auch, offen zu sagen, was in unserer Macht steht und was nicht. In unserer Macht wird es zum Beispiel nicht stehen, die Globalisierung oder die Digitalisierung aufzuhalten. Aber wir sorgen dafür, dass die Brandenburgerinnen und Brandenburger die positiven Seiten des Wandels nutzen können. Und wir bieten ihnen Sicherheit und Schutz vor negativen Auswirkungen.

Strategiepapier für den zweiten Teil des Legislatur, Beschluss des Landesvorstands vom 8. Oktober 2017.

Kindern helfen, den Teufelskreis der Armut zu durchbrechen

Zu den Ergebnissen der aktuellen Bertelsmann-Studie, wonach es u.a. armen Kindern kaum gelingt, aus den Verhältnissen auszubrechen, erklärt die kinder- und jugendpolitische Sprecherin der Linksfraktion, Jacqueline Bernhardt (MdB): „In Deutschland lebt jedes fünfte Kind in Armut, in Mecklenburg-Vorpommern sogar jedes dritte. Diesen Kindern gelingt es kaum, den Teufelskreis der Armut zu durchbrechen. Wer in Armut aufwächst, dem haftet sie meist ein Leben lang an. Die Entbehrungen und eingeschränkten Möglichkeiten der Teilhabe, so die Forscher in der Langzeitstudie, prägen das Verhalten und Entscheidungen ein Leben lang. Es entwickelt sich eine ‚Unterschicht-Mentalität‘. Den betroffenen Kindern kann nur durch ein ganzes Bündel an Maßnahmen geholfen werden, damit ihnen nicht zeitlebens die Armut wie Pech anhaftet. Die neue Bundesregierung, aber auch die Landesregierung von SPD und CDU in M-V müssen endlich wirksame familien-, bildungs-, gesundheits- und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen zur Bekämpfung von Armut ergreifen. Alle Ressorts müssen dabei abgestimmt und bestmöglich zusammenwirken.“

Gute Arbeit und gute Löhne jenseits des grassierenden Niedriglohn- und prekären Sektors sind grundlegende Voraussetzungen, die Lage zu verbessern. Kinder und Jugendliche brauchen eine eigenständige Grundversicherung statt Hartz IV, das hinten und vorne nicht für eine chancengleiche Teilhabe reicht. Die Landesregierung muss stärker in die frühkindliche Bildung, die Kinder- und Jugendhilfe, die Jugend- und Schulsozialarbeit investieren, um materiell benachteiligte Kinder und Jugendliche zu begleiten und zu fördern. Wir fordern zudem eine Kinderkarte im Wert von 50 Euro, um jedem Kind selbstbestimmt und unabhängig vom Elterneinkommen die Teilhabe an Kultur, Sport, Freizeit und Bildungsangeboten zu ermöglichen.“



Recht auf Bildung

„Es ist unerträglich und kaum vorstellbar, dass 264 Millionen Kinder und Jugendliche weltweit nicht zur Schule gehen können und ihnen damit das Recht auf Bildung verwehrt wird“, erklärt Birke Bull-Bischoff (MdB) mit Blick auf die Zahlen des Ende Oktober 2017 veröffentlichten Weltbildungsberichts 2017 der UNESCO, die sich auf das Jahr 2015 beziehen. Die Expertin für Bildungspolitik und Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE weiter:

„Es fehlen zig Milliarden Euro, um das UN-Ziel ‚Bildung für alle‘ umzusetzen. Die im Jahr 2015 beschlossenen Ziele für nachhaltige Entwicklung sehen vor, dass im Jahr 2030 alle Kinder eine kostenlose Grund- und Sekundarschule abschließen. Häufig verhindern Krieg, Gewalt, Flucht und Vertreibung die Aussicht auf ein friedliches Leben und den Zugang zu gesellschaftlicher und Bildungsteilhabe. Umso wichtiger ist Bekämpfung von Fluchtursachen. Die UNESCO wies schon in früheren Berichten darauf hin, dass die Finanzierungslücke zur Herstellung von Bildungsteilhabe geschlossen werden könnte, wenn reiche Länder so viel in die Grundbildung ärmerer Länder investierten, wie sie in wenigen Tagen für das eigene Militär und für Rüstung ausgeben. Das Recht auf Bildung muss einklagbar sein. Gebühren, Privatisierung und Ökonomisierung von Bildung sind absolut kontraproduktiv und verschärfen die Chancenungleichheit. Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Familie abhängen. Daher gilt es, die öffentlichen Bildungssysteme ausreichend auszufinanzieren und zu stärken. Der Ausbau inklusiver Bildung als Notwendigkeit des Rechts auf Bildung für alle muss umgesetzt werden.“

Gegen die Normalisierung

Dem Rechtspopulismus der AfD auch im Bundestag konsequent entgegentreten

Die AfD ist mit erschreckend vielen Stimmen in den Bundestag eingezogen und wird fortan als drittstärkste Fraktion im Bundestag sitzen. Als Linksfraktion stehen wir vor der Frage, wie wir damit im parlamentarischen Betrieb umgehen sollen.

Ich glaube, wir müssen alles gegen eine „Normalisierung“ der AfD und ihrer Mitglieder im Parlament tun.

Das heißt, keinem Antrag zuzustimmen, ihren Vizepräsidenten abzulehnen und auch sonst keinerlei Zusammenarbeit einzugehen. Dabei gilt es natürlich stets deutlich zu machen, warum: Weil die AfD eben keine demokratische Partei ist, weil sie in ihren Grundzügen und Inhalten allem widerspricht, wofür wir stehen. Von einer monothe-matischen Anti-Euro-Partei

hat sie sich konsequent nach rechts entwickelt und schreckt mittlerweile auch nicht mehr vor Volksverhetzung und offenem Rassismus zurück. Mit ihr ziehen zum Teil verurteilte Antisemiten und Holocaustleugner ins Parlament ein. Wer selbst so gegen die Grundsätze der Demokratie verstößt, darf auch nicht in den Genuss ihrer Privilegien kommen. Die

Stattdessen gilt es, die AfD aktiv zu bekämpfen und innere Widersprüche wie z.B. ihre elitäre Steuerpolitik aufzuzeigen.

Die bereits begonnene Selbsterle-gung müssen wir aktiv befördern bis auch der/die letzte Demokrat_in verstanden hat, dass die einzige Alternative für einen Politikwechsel zu Gunsten aller bei der politischen Linken liegt.



Unsere wichtigsten Forderungen

- **Die Würde des Menschen ist unantastbar: Hartz IV abschaffen, eine sanktionsfreie Mindestsicherung von 1.050 Euro einführen, ALG I verlängern, Hürden abbauen.**
- **Kinderarmut beseitigen: Kindergeld umgehend auf 328 Euro erhöhen, Kindergrundsicherung von 564 Euro einführen.**
- **Das Öffentliche stärken: Sozialtickets, gebührenfreie Bildung von der Kita bis zur Hochschule und ein kostenfreies warmes Essen in Kita und Schule.**
- **Eine gerechte Versicherung gegen Erwerbslosigkeit: Wir wollen eine Versicherung gegen Erwerbslosigkeit, mit der der zuvor erreichte Lebensstandard annähernd gesichert werden kann.**
- **Gute Arbeit und öffentliche Beschäftigung schaffen. Wir wollen eine Arbeitsmarktpolitik, die mehr gute Arbeitsplätze schafft.**
- **Familien dort unterstützen, wo sie es brauchen: Öffentliche und soziale Infrastruktur für Kinder und Jugendliche verbessern: Kitas, Schwimmbäder, Bibliotheken.**

Ja, die AfD wird bei so einem konsequenten Umgang versuchen, sich als Opfer zu stilisieren. Es kommt darauf an, aufzuzeigen, dass sie mit Ihrer Hetze und dem Ausspielen der Menschen gegeneinander eindeutig auf der Täterseite steht.

Wir können uns gewiss sein, dass wir die richtigen Argumente auf unserer Seite haben. Nur müssen wir dieses auch immer und immer wieder den Menschen nahe bringen. Darauf, dass Positionen wie sie die AfD vertritt, von Hause aus diskreditiert sind, ist kein Verlass mehr.

Natürlich darf unser aktiver Widerstand gegen die AfD sich nicht auf das Parlament beschränken, sondern muss ebenso auf der Straße, im Betrieb und zu Hause stattfinden. Auch die jetzigen Wahlergebnisse zeigen: Dort, wo der Widerstand gegen diese Menschenfeinde am größten war, waren auch ihre Ergebnisse am schlechtesten. Dies sollten wir als Aufforderung verstehen, an unserem konsequenten antifaschistischen Engagement festzuhalten.

Anstatt im Wettbewerb mit den Altparteien um rechte Stimmen zu buhlen, sollten wir unser linkes Profil schärfen und eine echte Alternative zum bürgerlichen Einheitsbrei formulieren. Als widerständige Stimme der Vernunft kann es uns sowohl gelingen, die AfD wieder in die Bedeutungslosigkeit zu schicken, als auch, den Kapitalismus als Ursache der massiven gesellschaftlichen Zerwürfnisse zu markieren.

Norbert Müller,
Mitglied des Bundestages

Anti-Dumping: Ohne Sozial- und Umweltstandards nicht verfügbar

Am 12. Oktober 2017 stimmte der Ausschuss für internationalen Handel (INTA) über die interinstitutionellen Verhandlungen und damit über die weitreichenden neuen Antidumpingvorschriften zum Schutz gegen Einfuhren aus Ländern, die nicht Mitglied der EU sind, ab. Dazu Helmut Scholz, handelspolitischer Sprecher der Delegation DIE LINKE. im Europaparlament und Koordinator der Linksfaktion GUE/NGL im INTA-Ausschuss: „Wir haben heute erstmalig die Anwendung von Sozial- und Umweltstandards in der Antidumping-Gesetzgebung eines WTO-Mitglieds beschlossen. Es ist definitiv eine bedeutende Leistung, zu der wir als EP-Linksfaktion GUE/NGL in



der Debatte im Parlament und im Trilog mit der Kommission und dem Rat beigegeben haben. Ein wichtiger Schritt, der jedoch in den Erwägungsgründen verbannt bleibt. Deshalb haben wir uns bei der Schlussabstimmung dieses wichtigen, handelsbezogenen legislativen Schritts enthalten. Ein solcher muss mit der endgültigen Festlegung regulärer Antidumping- und handelspolitischer Schutzmaßnahmen einhergehen, die bereits seit Jahren zwischen den Standpunkten der beiden Co-Gesetzgeber EU-Rat und Europäischem Parlament steckenbleibt. Wir werden uns auch im Grundtext dieses Gesetzgebungsaktes für eine umfassende Berücksichtigung der Sozial- und Umweltstandards einsetzen.“

„Konzerne auf Einhaltung der Menschenrechte verpflichten!“

Pressemitteilung Europaabgeordneter Helmut Scholz (DIE LINKE.)

Unmittelbar vor weiteren Verhandlungen zur Ausarbeitung einer internationalen, völkerrechtlich verbindlichen Vereinbarung zum Schutz der Menschenrechte in Wirtschafts- und Handelsabkommen, betont der Europaabgeordnete Helmut Scholz die Bedeutung eines solchen Übereinkommens: „Ein entsprechender Vertrag könnte die Respektierung von Menschenrechten, insbesondere durch internationale Konzerne entlang der gesamten Wertschöpfungskette deutlich verbessern“, betonte der LINKE-Politiker, der zu den Mit-Initiatoren eines Appells internationaler ParlamentarierInnen zur Unterstützung eines solchen Vorhabens gehört. In Genf beginnt heute die dritte Gesprächsrunde der zeitlich unbefristeten Arbeitsgruppe des UN-Menschenrechtsrates zur Erarbeitung des Vertrags.

Helmut Scholz weiter: „Die Bedeutung eines Vertragswerks, das menschenwürdige Arbeits- und Lebensbedingungen von der Rohstoffgewinnung bis zum fertigen Produkt gewährleistet, ist kaum zu überschätzen. Das der unter dem Vorsitz Ecuadors seit 2014 wirkenden Arbeitsgruppe erteilte Mandat (Resolution 26/9 des UN-Menschenrechtsrats), ein solches Abkommen auszuarbeiten und abzuschließen,

ist uneingeschränkt unterstützenswert.“

Das Mitglied der UN-Arbeitsgruppe des Europäischen Parlaments und handelspolitischer Sprecher der EP-Linksfaktion GUE/NGL hatte selbst im Sommer die Region Lago Agrio in Ecuador besucht, wo Chevron-Texaco mit der ‚Entsorgung‘ giftiger Abwässer im Amazonas-Gebiet das größte Umweltverbrechen in der Geschichte des Landes begangen hat. Von den neun Milliarden Dollar Entschädigung, zu denen ein ecuadorianisches Gericht Chevron verurteilte, ist bis heute kein Cent geflossen.

„Wenn schwerste Menschenrechtsverletzungen und Umweltkriminalität straflos bleiben, ist dies gerade auch ein Ergebnis der mangelnden rechtlichen Regelung der internationalen Investitionen und des internationalen Handels“, betonte der Europaabgeordnete. „Und das Beispiel Ecuador zeigt auf dramatische Weise, wie dringlich eine solche internationale und bindende Übereinkunft ist.“

Bereits am Sonntag hatte ein konkret auf die parlamentarische Begleitung dieser Verhandlungen gerichtetes Treffen von Mitgliedern eines Welt-ParlamentarierInnen-Arbeitsforums, angeleitet von der Linksfaktion im Europä-

ischen Parlament (GUE/NGL), sowohl auf die Notwendigkeit eines Abkommens zur Berücksichtigung der Menschenrechte in Wirtschaftsverträgen aufmerksam gemacht als auch Schritte in diese Richtung aufgezeigt. Vorgestellt wurde der bis heute 248 Unterschriften verschiedener politischer Richtungen tragende Aufruf an ParlamentarierInnen weltweit, ein solches Instrument im Rahmen der Vereinten Nationen völkerrechtlich verbindlich zu regeln.

„Dies ist auch deshalb wichtig, weil sich gerade die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten, wie auch andere OECD-Staaten, derzeit nur sehr verhalten an diesem Prozess beteiligen und versuchen, insbesondere die besondere Verantwortung der großen, transnationalen Unternehmen durch eine Gleichsetzung mit lokalen Unternehmen kleinzureden.“

Hintergrund

Im Jahr 2014 hatte der UNO-Menschenrechtsrat eine unbefristete Regierungs-Arbeitsgruppe eingerichtet, die Vorschläge zur Verpflichtung von transnationalen Unternehmen, und anderen, auf die Einhaltung der Menschenrechte unterbreitet hat. In der Gruppe sind Vertreter verschiedener Staaten vertreten, die einen Sitz im Menschenrechtsrat haben.

Austritt aus der UNESCO:

Frau Mogherini, Herr Navracsics – übernehmen Sie!

Den vermeldeten Austritt der USA und den darauf gefolgt den Austritt Israels aus der UNESCO kommentieren die Europaabgeordneten Martina Michels und Helmut Scholz

Martina Michels, Mitglied der Delegation für die Beziehungen zu Israel und kulturpolitische Sprecherin der Delegation: „Die Entscheidungen Washingtons und Jerusalems, ihre Mitgliedschaften in der UNESCO aufzukündigen, sind in mehrfacher Hinsicht besorgniserregend und erschweren den Nahost-Konflikt zusätzlich. Die USA können mit dieser Dialog verweigernden Haltung weder ihre Zahlungsausstände verkleinern, noch die Erklärung der Altstadt Hebrons als palästinensisches Kulturerbe verändern. Solche Signale sind nicht einfach nur enttäuschend, es sind gefährliche Rückschritte bei der Weiterentwicklung eines demokratischen Völkerrechts, eines internationalen Dialogs, der eine friedliche und gerechte Weltordnung anstrebt, in dem auch der Nahost-Konflikt lösbar ist.“

Helmut Scholz, Mitglied der UNO-Arbeitsgruppe im Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten (AFET), des Transatlantic Legislators' Dialogues und der Delegation für die Beziehungen zu den USA, ergänzt: „Die Aufkündigung einer regelbasierten internationalen Zusammenarbeit, die die Grundlage für Vertrauen und angesichts der globalen Aufgaben und Herausforderungen so dringend notwendige Stärkung und Weiterentwicklung des Völkerrechts ist und bleiben muss - aus egoistischen nationalen oder schlimmer noch persönlichen Launen - ist zutiefst verstörend und abzulehnen. Damit macht der US-Präsident die Vereinigten Staaten zum ‚Outlaw‘ eines gesellschaftspolitischen und kulturellen Diskurses, der vielmehr die aktive Mitarbeit gerade der USA bei der Erfüllung und Umsetzung der 2030 Agenda und der SDG-Ziele erfordert (Sustainable Development Goals). Multilaterales Zusammenwirken, das gemeinsame Arbeiten auch an Kompromissen, ist die Voraussetzung für das friedliche und gutnachbarschaftliche Zusammenleben der Staaten und Gesellschaften. Wohin kommen wir, wenn andere diesem Beispiel folgen? Eine Rückkehr zur Politik der Willkür, des Egoismus' und des Rechts des Stärkeren ist strikt abzulehnen. Frau Mogherini, Herr Navracsics – übernehmen Sie!“

Der (Fuß-)Ball ist rund wie die Welt...

Die 21. Fußball-WM findet bekanntlich vom 14. Juni bis 15. Juli 2018 in Russland statt. Das Eröffnungsspiel wird am Donnerstag, 14. Juni 2018, ab 17 Uhr (MESZ) von Gastgeber Russland gegen seinen ersten Gruppengegner ausgetragen. Beendet wird die zweiwöchige Gruppenphase am Donnerstag, 28. Juni 2018. Dann geht es weiter mit dem Achtelfinale (30. Juni bis 3. Juli 2018), dem Viertelfinale (6. und 7. Juli 2018) und dem Halbfinale (10. und 11. Juli 2018). Das Spiel um Platz 3 wird am Samstag, 14. Juli 2018, von den beiden Halbfinal-Verlierern ausgetragen. Das große Finale der WM 2018 läuft am Sonntag, 15. Juli 2018.

Modus und Gruppen

Insgesamt 32 Fußball-Nationalmannschaften nehmen an der WM 2018 in Russland teil. Während Gastgeber Russland automatisch qualifiziert ist, wurden die restlichen 31 Startplätze innerhalb der sechs Kontinentalverbände in den WM-Qualifikationen vergeben. Das DFB-Team hat sämtliche Qualifikationsspiele gewonnen und fährt damit direkt zur WM 2018 nach Russland.

Die 32 qualifizierten Nationalmannschaften werden in acht Gruppen á vier Mannschaften aufgeteilt. Das Los entscheidet, wer gegen wen in der Vorrunde spielt: Die Auslosung der Gruppenphase für die Fußball-WM 2018 fand (nach Redaktionsschluss) am 1. Dezember 2017 in Moskau statt. Für das WM-Achtelfinale qualifizieren sich jeweils die Gruppenersten und -zweiten. Vom Achtelfinale an geht es per K.O.-System bis zum WM-Finale 2018 weiter.

Die Stadien in Russland

Zwölf Stadien haben die Russen als Austragungsorte der WM 2018 ausgewählt. Gleich acht Stadien davon werden extra für die Weltmeisterschaft neu gebaut. Einer der Hauptschauplätze der WM 2018 in Russland wird das Olympiastadion Luschniki in Moskau sein, das als



Das neue Kaliningrader Stadion im Bau (Mai 2017) uf der Pregel-Insel Lomse.

Austragungsort des Eröffnungsspiels und des Endspiels vorgesehen ist. Neben Moskau, wo gleich in vier Stadien gespielt werden soll, sind Jekaterinburg, Kaliningrad, Kasan, Nischni Nowgorod, Rostow am Don, Samara, Saransk, Sotschi, St. Petersburg und Wolgograd als Spielorte vorgesehen. Zwischen Kaliningrad im Westen und Jekaterinburg liegen mehr als 3.000 Kilometer und drei Zeitzonen. Von Sankt Petersburg, dem nördlichsten Austragungsort, nach Sotschi am Schwarzen Meer sind es mehr als 2.300 Kilometer.

„Mit Deutsch zum Titel“

Und zum Schluss noch eine Meldung: Unter der Schirmherrschaft des Bundes-

trainers Joachim Löw bereiten sich Hunderte russische Schüler auf die Fußball-WM 2018 in Russland vor. Bei einem Projekt des Goethe-Instituts Moskau nehmen im laufenden Schuljahr rund 1.000 Kinder zwischen 11 und 13 Jahren an dem Programm „Mit Deutsch zum Titel!“ teil. Maria Lukjantschikowa, Projektleiterin beim



Nicht weit vom neuen Stadion – der Königsberger Dom.

Goethe-Institut, gab dazu am 12. September 2017 mit einer Trillerpfeife den Startschuss für das russlandweite Projekt. Insgesamt nehmen Klassen aus 62 Schulen in acht WM-Austragungsorten an dem Wettbewerb um den Goethe-Pokal teil.

Bis April 2018 bekommen die Teilnehmer eine Intensivvorbereitung auf die WM. „Die Kinder haben jede Woche eine Stunde speziellen Deutsch-Unterricht mit Fußballbezug sowie eine Stunde Fußballtraining mit einem Sportlehrer“, erklärte Maria Lukjantschikowa der Deutschen Presse-Agentur. Für die ganz motivierten Lerner gebe es noch ein Onlineangebot, um das Fachvokabular und Fußball-Wissen zu vertiefen.

„Fußball macht Spaß, Sprache lernen macht auch Spaß. Und in der Kombination ergibt sich so mancher Treffer“, sagte Institutsleiter Rüdiger Bolz und bezog sich dabei auf Worte von Joachim Löw.

Bernd Martin

		7		8	9		
	6					4	
8			2	4			1
6		3		7			
		5	3		1	6	
				5		1	8
5			2	6			7
	2						9
		8	4			2	

SUDOKU

Auflösung November

7	6	9	1	5	2	8	3	4
4	2	5	7	3	8	6	9	1
1	3	8	9	4	6	7	5	2
6	9	1	5	2	4	3	8	7
2	4	3	6	8	7	5	1	9
5	8	7	3	9	1	4	2	6
8	7	2	4	1	5	9	6	3
3	5	4	2	6	9	1	7	8
9	1	6	8	7	3	2	4	5

tips & termine • tips & termine • tips & termine • tips & termine • tips & termine • tips & termine •

Sonntag, 17. Dezember

11.00 Uhr im Stern*Zeichen: „Zwischen Frühstück und Gänsebraten“ ein neues Programm von Petra Quermann mit Erinnerungen an Heinz Quermann. Sie werden wieder mit einem schönen neuen Programm überrascht. Seien Sie gespannt auf viele neue Geschichten, Humor und weihnachtlichen Melodien aus 35 Jahren „Zwischen Frühstück und Gänsebraten“. Freuen Sie sich auf eine neue, tolle Veranstaltung mit anschließendem Entenessen im Bürgerhaus Stern*Zeichen! Um Reservierung wird gebeten! Tel. 0331 600 67 61/62 Kartenvorverkauf: Mo - Fr 9.00 - 16.00 Uhr

Mittwoch, 20. Dezember

14.-18.00 Uhr, Tanztee im Stern*Zeichen: DJ Kurt und DJ Uwe sorgen für viel Spaß und gute Stimmung bei Tee, Kaffee, Kuchen, Wein oder...

Mittwoch, 03. Januar

14.00 - 18.00 Uhr, Tanztee im Stern*Zeichen. DJ Kurt und DJ Uwe sorgen für viel Spaß und gute Stimmung bei Tee, Kaffee, Kuchen, Wein oder... Läuft auch am 15. Januar.

Mittwoch, 10. Januar

14.00 - 18.00 Uhr, Neujahrstanz im Stern*Zeichen: Mit Tanzmusik und Unterhaltung, viel Spaß, guter Laune, Sekt und Neujahrstorte möchten wir mit Ihnen ins Jahr 2018 starten. Wir freuen uns auf Ihren Besuch im Bürgerhaus STERN*ZEICHEN. Bei-

trag 10,50 € (inkl. Sektchen, Neujahrstorte, Kaffee oder Tee, Knabberien) Um Anmeldung wird gebeten. Tel.: 0331 600 67 61/62

Sonnabend, 13. Januar

10.00 Uhr, Humboldt-gymnasium: **Gesamtmitgliederversammlung DIE LINKE.Potsdam: Nominierung unserer OB-Kandidatur und Wahlen der Delegierten für den Landes- und den Bundesparteitag sowie die Nachwahl eines weiblichen Kreisvorstandsmitglieds.**

Sonnabend, 21. Januar

10.00 -14.00 Uhr im Stern*Zeichen: Sonntagsbrunch für die ganze Familie. Am Sonntag nach dem Auschlafen direkt ins Bürgerhaus? Hier erwartet Sie ein-

mal pro Monat ein leckeres Büffet für Groß und Klein. Und somit Zeit zum gemeinsamen Genießen und Entspannen sowie für Gespräche mit den Nachbarn für die Großen. In der Nähe gibt es außerdem zwei Spielplätze, in unserem Haus eine Spiel- und Basteleckle für Alle! Preis p. Person 10,90 Euro. Kinder: bis 4 J. frei ab 5 bis 14 Jahre 5,50 Euro /Anmeldung: 0331 600 67 62

Freitag, 26. Januar

19.00 Uhr im Stern*Zeichen: Kabarett „Das war’s!“ Ein kabarettistischer Jahresrückblick auf 2017 von und mit Jane Zahn. Was so alles passiert ist im Jahr 2017, wird - kabarettistisch aufbereitet und mit allerlei Liedern und Spielen mundgerecht gemacht - in

diesem Programm durch den Kakao gezogen. Allerdings ohne Zucker oder Süßstoff: Dieser Kakao ist so bitter, dass hoffentlich keiner auf den Gedanken kommt, ihn auch noch zu trinken. Mit von der Partie ist auch wieder Frau Rosa, die Klofrau aus dem Reichstag, die die große Politik aus einer ganz anderen Perspektive sieht. Scharfzüngig und komisch, politisch und allgemeinverständlich, mit Liedern, die unter die Haut, mitten ins Hirn und in den Bauch gehen... Einlass ab 18.00 Uhr mit Getränke & Speiseangebot im Café. Karten können per Telefon: 0331 / 600 67 61 reserviert werden/Eintritt: 10 €